

Kinder fördern – Eltern fordern

Die Chipkarte für Bildungsangebote an Kinder von Hartz-IV-Empfängern ist ein möglicher Weg, das für die Bildung Nützliche näher an bedürftige Kinder heranzubringen. Sie löst aber nicht das Problem, welches für einen Teil der Bildungsmisere in Deutschland eigentlich verantwortlich ist: die mangelnde elterliche Kümmerng.

Elterliche Sorge und Sorgfalt setzen den Willen und die Fähigkeit zur Verantwortung voraus. Die allermeisten Eltern wollen das Beste für ihre Kinder, und sie sind auch die besten Experten für jedes einzelne von ihnen. Familienpolitische Leistungen wie das Kindergeld oder das Elterngeld gehören daher ins Familienportemonnaie. Eine Zweckbindung auf bestimmte Freizeitaktivitäten oder Bildungsangebote bevormundet die Eltern unnötig und signalisiert letztlich politisches und staatliches Misstrauen. Wir sollten Eltern vielmehr zutrauen, selbst zu entscheiden, wofür das Familienbudget ausgegeben wird. Die weit überwiegende Mehrheit der Eltern in Deutschland setzt ihre Ressourcen jeden Tag verantwortungsvoll ein.

Es nützt gleichwohl nichts, die Augen davor zu verschließen, dass eine Minderheit von Eltern mit ihren Aufgaben offenkundig überfordert ist. Mangelnde Unterstützung und Förderung der Kinder können die Folge schwieriger Einkommensverhältnisse sein. Häufiger noch haben sie ihren Ursprung in der Bildungsferne, im Desinteresse, in der Unsicherheit der erwachsenen Familienmitglieder. In diesen Fällen ist ein stärkeres Eingreifen geboten, um die Schwächsten, die Kinder, vor einer Chancenberaubung zu bewahren, die sie nicht verdient haben und welche die Gesellschaft später teuer zu stehen kommt.

Dieser Zielgruppe kann die Bildungs-Card die Bildungsangebote näherbringen und damit ein Schritt auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit sein. Er hat jedoch keinen geringen Preis: Dem Aufwand für Karte, Lesegerät und Betreuung durch Jobcenter steht noch kein Bildungsgewinn gegenüber. Das Stuttgarter Karten-Modell zeigt, dass freier Zugang zu Schwimmbädern und dem Zoo gerne wahrgenommen werden - so weit, so gut. Es zeigt allerdings auch, dass anspruchsvollere Angebote wie die der städtischen Musikschule nur in Ausnahmefällen gewählt werden. Dies überrascht nicht, denn hier ist weit mehr gefragt als eine einmalige Anstrengung: Disziplin, Termintreue, Durchhaltevermögen, Zielorientierung. Mit einem Wort: Hier sind Eltern gefragt, die erinnern, ermutigen, durchsetzen, verhandeln, also Eltern, die willens und in der Lage sind, zu fördern und zu fordern.

Daher ist es zur Sicherung der Chancengerechtigkeit bei Kindern in Deutschland nötig, deren Eltern zu stärken und zu unterstützen - bedarfsgerecht, so wie es die Familie im Einzelfall braucht. Der Bedarf ist vielfältig, er reicht von Information und Beratung bis zu praktischer Hilfe und materieller Unterstützung.

Aufsuchende Elternarbeit, etwa von Familienhebammen, die bereits vor Ankunft eines Neugeborenen in die Familie kommen und im Bedarfsfall bei allen Herausforderungen

mit Rat und Tat zur Seite stehen, bis hin zu Schulleitern, die sich bei einem Besuch mit der Familie und den häuslichen Bedingungen eines Zöglings bekannt machen und die Kooperation mit den Erziehungspersonen einfordern, ist eine notwendige Komponente solcher elternorientierter Familienpolitik. Familienzentren, die vom Kinderarzt über den Elterntreff, die Erziehungsberatung bis zur Schuldnerberatung ein breites Spektrum an familiennahen Dienstleistungen bereithalten, stellen gleichfalls wichtige niedrigschwellige Unterstützungsangebote bereit.

An kritischen Punkten ist darüber hinaus präventive Kontrolle geboten. So verpflichtet das Hessische Kinderschutzgesetz Eltern, die frühkindlichen Regeluntersuchungen wahrzunehmen, und sieht ein spezielles Kontrollverfahren vor. Wird die Frist versäumt, steht schließlich das Jugendamt vor der Tür und kann die erforderlichen Maßnahmen einleiten - von der Beratung bei Schwierigkeiten bis zur Inobhutnahme tatsächlich vernachlässigter Kinder. Der Bundesgesetzgeber sollte auch eine Regelung schaffen, die in Fällen bewusster Fürsorgeverweigerung finanzielle Sanktionen erlaubt. Zum Beispiel könnte Schulschwänzern das Kindergeld gekürzt werden oder Geld- in Sachleistungen mit Bildungsinhalten umgewandelt werden.

Der Instrumentenkasten gehört allerdings in die Hände der Jugendhilfe, die aus gutem Grund kommunal organisiert ist. Ihre Mitarbeiter sind für genau solche Problemlagen ausgebildet, nah an den Familien, lokal vernetzt und mit den jeweils verfügbaren Hilfsangeboten vertraut. Eine Bindung dieser Aufgaben ans Jobcenter, wie bei der Bildungs-Card vorgesehen, würde gut funktionierende lokale Strukturen unnötig verdoppeln und schließlich aushöhlen.

Die Bildungs-Card ist ein verlockendes Instrument - modern, technikgestützt, vernetzt, handlich. Die harte Arbeit jedoch, Menschen im Werden zu unterstützen mit allem, was wir ihnen an Kultur, Geist und Seele mitzugeben in der Lage sind, wird uns keine Karte abnehmen können. Um Kinder zu lebensfrohen, eigenständigen und verantwortungsbewussten Menschen zu bilden, braucht es Eltern, die dies leisten wollen und können - mit ihrer Liebe, ihrer Zuwendung, ihren Fähigkeiten, mit Erfahrung und Vertrauen. In sie sollten wir investieren, sie sollten wir fördern, sie müssen wir fordern.